

# Ins „normale“ Leben zurückfinden

*Jahrestagung Illegalität: Diskussion über Wege aus der aufenthaltsrechtlichen Illegalität.*

Stefan Peetz

SCHÄTZUNGEN ZUFOLGE leben in Deutschland zwischen 100.000 und 300.000 Menschen ohne gültige Papiere. Sie führen ein Schattendasein in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität. „Nicht auffallen!“ ist die Devise, die ihren Alltag prägt, ansonsten drohen Konsequenzen, in der Regel die Abschiebung. Die meisten Menschen ohne Papiere sind legal nach Deutschland eingereist. Oft sind es Studierende, Au-pairs, die länger blieben als erlaubt, oder nicht anerkannte Asylsuchende. Sie sind zumeist irgendwann abgetaucht, als sie ihren Aufenthaltstitel verloren.

Möglichkeiten, aus der aufenthaltsrechtlichen Illegalität wieder zurück ins „normale“ Leben zu finden, sind rar. Wie diese künftig geschaffen werden könnten, wurde in einem Forum der zehnten Jahrestagung Illegalität vom 19. bis 21. März in der Katholischen Akademie in Berlin diskutiert. Deutlich wurden dabei sowohl politische als auch rechtliche Hindernisse,

denn: Das Thema der Legalisierung von Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität ist brisant. So befürchten Gegner, dass Legalisierungskampagnen oder Generalamnestien, wie es sie in südlichen EU-Staaten gab, Erwartungen wecken und Motive für andere Zuwanderungswillige liefern könnten. Auch würden Rechtsbrecher(innen) durch Legalisierung belohnt, der Sozialstaat übermäßig belastet. Bei den Befürworter(inne)n hingegen gilt Legalisierung gleichsam als Allheilmittel.

## **Bestehende Legalisierungsmöglichkeiten ausweiten**

Eine realistisch umsetzbare Zielsetzung wurde daher im Forum angemahnt: Bereits bestehende Legalisierungsmöglichkeiten müssten ausgeweitet werden, indem beispielsweise der Legalisierungszeitraum im Rahmen des Opferschutzes (Schwarzarbeit oder Menschenhandel) verlängert wird oder Härtefallregelungen in allen

Bundesländern für Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität geöffnet werden. Auch sollte sichergestellt werden, dass Schwangerschaft in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität stets als Risikoschwangerschaft angesehen wird und somit Duldungen für einen längeren Zeitraum ausgestellt werden. Zudem könnten individuellere Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen in besonderen Notlagen etabliert werden. In Einzelfällen könnten nach bestimmten Kriterien Perspektiven und Übergänge zu einer Aufenthaltserlaubnis ermöglicht werden. Kriterien könnten die Aufenthaltsdauer, das Alter und die Sprachkenntnisse sein.

Auch wenn dadurch das Phänomen der aufenthaltsrechtlichen Illegalität insgesamt nicht beseitigt würde, könnte zumindest besonders verletzlichen Menschen in der Illegalität geholfen werden. Es sind noch dicke Bretter zu bohren. Die Diskussion muss weitergehen.